

An die Arbeit:
Gleiche Chancen
für Frauen!



gleichberechtigt

Ganztagschulen

paritätisch

Alleinernährer

Equal Pay
Führungspositionen

Grundrecht

Minijobs

Ehegattensplitting

Armutsrisiko

Quote

Professorinnen

Vereinbarkeit

Niedriglohnsektor

Chancengleichheit

Gender Parlament

Gender Pay Gap

Schwarzarbeit

Frauenberufe

Ehegattensplitting

Ganztagschulen

paritätisch

Alleinernährer

John

Equal Pay

Führungspositionen

Grundrecht

Minijobs



Grußwort

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Art. 118 Abs. 2 Bayerische Verfassung

Liebe Frauen, liebe Männer,

ich lade Sie ein, einen Blick in diese informative Broschüre zu werfen, rein äußerlich betrachtet quadratisch, praktisch, gut. Doch wer genauer hinsieht, stellt fest, dass in Bayern beim Thema Gleichstellung längst nicht alles gut ist. Leider sind wir auch zum 100jährigen Jubiläum des Frauentags von Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit noch weit entfernt. Dabei steht bereits überaus treffend in der Bayerischen Verfassung, dass es sich bei der Gleichstellung von Frauen und Männern nicht um Kleinkram oder „Gedöns“ handelt, wie der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder einmal unpassend formulierte. Es geht hier um ein zentrales Grundrecht, um eine Frage der Gerechtigkeit.

Auch wenn viele es als Nebensächlichlichkeit abtun: Es ist ungerecht, wenn Frauen in Führungspositionen noch immer eine Ausnahmerecheinung sind und teilweise für gleiche Arbeit 23 Prozent weniger Lohn bekommen. Das Bayerische Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst hat sich als zahnloser Tiger herausgestellt. Von der Gleichstellung am Arbeitsmarkt sind wir in Bayern noch Meilen entfernt. Diskriminierende Strukturen verweisen Frauen und Männer noch immer auf stereotype Plätze. Es gibt viel zu tun – also packen wir's an!

Grüne Frauenpolitik will die systematische Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen. Wir wollen Chancengleichheit für Frauen in allen Lebensabschnitten und -bereichen: In Bildung, Ausbildung, im Beruf und Privaten. Um endlich das Grundrecht der Gleichheit umzusetzen, krempeln wir die Ärmel hoch und machen der Staatsregierung Beine.



Claudia Stamm



Mann oh Mann: Frauen in der Politik

Ein Thema, das sich ständig verändert und doch immer aktuell bleibt: die Frauenquote. Auch wenn die Parteien das Thema intern angehen, kommen Frauen in der Politik zu kurz.

Frauen aller Couleur, vereinigt euch? Leider nein: Wer sich parteiübergreifenden Konsens im Sinne weiblicher Rechte erhofft, wird auch hier enttäuscht. Grüne und Linke sind im Bundestag die einzigen Fraktionen, deren Frauenanteil über 50 Prozent liegt. Die SPD schafft 38 Prozent, CDU/CSU verharren bei 20 Prozent, die FDP bei 25. Dem 17. Deutschen Bundestag gehören 622 Abgeordnete an. Davon sind 204 weiblich, das entspricht einem Anteil von knapp 33 Prozent. Im Kabinett von Angela Merkel gibt es doppelt so viele Minister wie Ministerinnen.

Auch in Bayern ändert sich das Bild kaum: Im Bayerischen Landtag sind von 187 Abgeordneten 59 Frauen, was einem durchschnittlichen Anteil von 31 Prozent entspricht. (CSU: 20,7%, Freie Wähler: 25%, FDP: 31,3%, SPD: 46,2%, Bündnis 90 / Die Grünen: 57,9%) Im Kabinett Seehofer gibt es drei Ministerinnen und zwei Staatssekretärinnen, aber acht Minister und vier Staatssekretäre.

Immerhin: Innerhalb der Parteien gibt es Frauenquoten oder Frauenquoten.

Was beim Aufstellen der KandidatInnen im Bundestag und im bayerischen Landtag noch nicht so richtig funktioniert, haben die Parteien immerhin intern umgesetzt, wenn auch unterschiedlich ambitioniert: Die Grünen legten bereits bei der Parteigründung 1979 fest, dass mindestens die Hälfte aller Funktionen weiblich zu besetzen sind. Auch die Partei „Die Linke“ hat eine Frauenquote, die einen Frauenanteil von 50 Prozent in allen Ämtern vorsieht. Die SPD beschloss 1988 eine Frauenquote von 40 Prozent. Die CDU diskutierte im Dezember 1994 einen Anteil von einem Drittel und führte 1996 ein sogenanntes Frauenquorum ein. Selbst die CSU beschloss Ende 2010, dass künftig oberhalb der Orts- und Kreisverbände in den CSU-Gremien 40 Prozent der Ämter mit Frauen besetzt werden müssen.

An mehr Frauen in Führungen geht kein Weg vorbei

Die Diskussion um die Quote nervt: Sie ist längst überfällig. Wir fordern bis 2017 einen Frauenanteil von 40 Prozent in den Aufsichtsräten der börsennotierte Aktiengesellschaften – auf lange Sicht wollen wir natürlich die Hälfte der Aufsichtsratssitze für Frauen.

Obwohl drei Viertel aller deutschen Frauen berufstätig sind und diverse Studien den positiven Einfluss von Frauen in Führungspositionen auf den finanziellen Erfolg des Unternehmens belegen, triumphiert noch immer die Gewohnheit über den Fortschritt: In den Vorständen der 30 DAX-Konzerne sind nur vier Frauen vertreten – lächerliche 2,1 Prozent. Auch in deren Aufsichtsräten sieht es nur wenig besser aus: Von 500 Posten sind nur 63 weiblich besetzt, das entspricht 12,6 Prozent. Würden die Arbeitnehmervertretungen nicht dreimal mehr Frauen in die entsprechenden Gremien entsenden als die Unternehmenseite, wäre dieser Anteil noch geringer. Bei den 200 größten Unternehmen außerhalb des Finanzsektors sind von 833 Vorstandsmitgliedern 21 Frauen (2,5 Prozent). Und nur in einem der 200 größten Unternehmen ist eine Frau Vorstandsvorsitzende.

Was die Unternehmen treibt, ist die Angst vor der Frauenquote

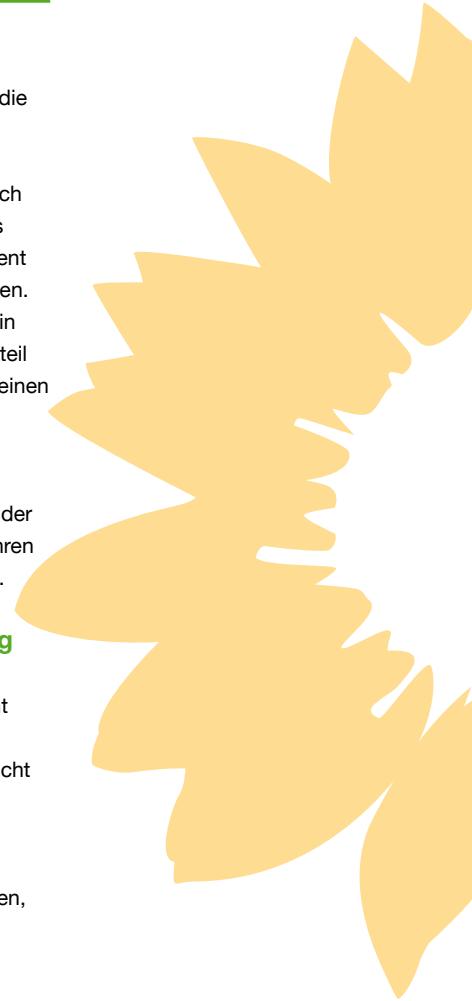
1998 vereinbarten SPD und Grüne im Bund in ihrem Koalitionsvertrag ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft: Das ambitionierte Ziel war, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Das Gesetz scheiterte, unter anderem an den Unternehmerverbänden. Was kam, war eine freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft – mit der Folge, dass große Unternehmen lange Zeit untätig blieben und nur einige vor kurzem damit begannen, Frauenquoten einzuführen: Als erster

Konzern will die Deutsche Telekom bis 2015 die oberen und mittleren Führungspositionen bis zu 30 Prozent mit Frauen besetzen. Um eine gesetzliche Quote zu vermeiden, bewegen sich nun auch andere Unternehmen: BMW will bis 2020 15-17 Prozent Frauen, Daimler 20 Prozent Mitarbeiterinnen in Führungspositionen bringen. Bosch will bis Ende 2012 15 Prozent Frauen in Führungspositionen haben und E.ON den Anteil auf 22 Prozent verdoppeln – allerdings ohne einen konkreten Zeitrahmen zu nennen.

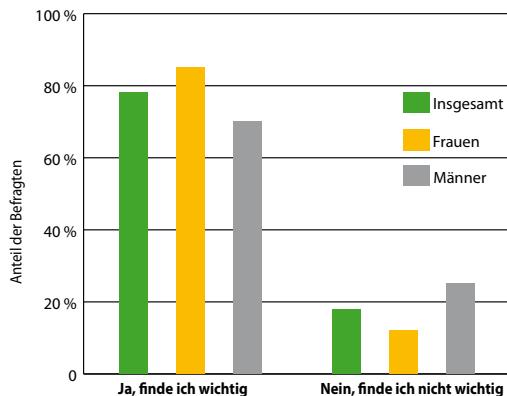
Andere Länder und Gesellschaften handeln überlegter: In Norwegen zum Beispiel wurde der Frauenanteil in Aufsichtsräten in wenigen Jahren von 6 Prozent auf über 40 Prozent gesteigert.

Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen

- bis 2017 einen Frauenanteil von 40 Prozent in den Aufsichtsräten der börsennotierten Aktiengesellschaften – wird diese Quote nicht erreicht, fordern wir Sanktionen bis hin zur Entziehung der Börsen-Zulassung
- langfristig eine 50-Prozent-Quote
- eine zentralen Datenbank für Bewerberinnen, um sich für Mandate in den Aufsichtsräten einzutragen

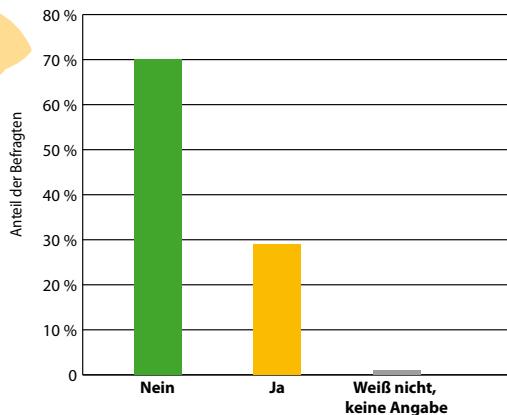


Nach Ihrer eigenen Erfahrung aus Firmen, die Sie kennen oder in denen Sie gearbeitet haben: Finden Sie es wichtig, dass es künftig mehr Frauen in Führungspositionen gibt?



Deutschland; ab 18 Jahre; 1.000 Befragte; 01.02.2011 bis 02.02.2011, Quelle: Infratest dimap

Sind Sie der Meinung, dass Frauen und Männer in Deutschland in allen Lebensbereichen gleichberechtigt sind?



Deutschland; 1.000 Befragte; TNS Forschung, Quelle: Der Spiegel

Frauenanteil im Vorstand der 30 DAX-Unternehmen im Jahr 2011

Unternehmen	Insgesamt	davon Frauen
Adidas	4	0
Allianz	10	0
BASF	8	0
Bayer	4	0
Beiersdorf	6	0
BMW	7	0
Commerzbank	10	0
Daimler	6	0
Deutsche Bank	7	0
Deutsche Börse	6	0
Deutsche Post	7	0
Deutsche Telekom	8	0
Eon	6	1
Fresenius Medical Care	8	0
Fresenius	7	0
Heidelberg-Cement	6	0
Henkel	6	0
Infineon	4	0
K+S	5	0
Linde	4	0
Lufthansa	4	0
MAN	4	0
Merck	4	0
Metro	4	0
Munich Re	9	0
RWE	5	0
SAP	6	1
Siemens	8	2
Thyssen-Krupp	6	0
Volkswagen	8	0
Summe der Vorstandsmitglieder	186	4

Gleichheit gleich und jetzt erreichen

Weiches Gesetz gegen harte Front: Das Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst hat sich als zahloser Tiger erwiesen.

Über die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen, und Frauen haben inzwischen meist die besseren Schul- und Berufsabschlüsse. Doch auch 15 Jahre nach seiner Einführung ist die Bilanz des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes miserabel: In den Spitzenpositionen der Beamten sind nur zwischen 6,7 und 11,5 Prozent Frauen zu finden, und von den höchsten Richtergehältern zum Beispiel profitiert keine einzige Frau. Der Anteil der in Gremien entsandten Frauen (wie z.B. der Landesmedienrat oder die Aufsichtsräte der früher kommunalen Energieversorger) ist im Vergleich zur letzten Evaluierung sogar um 16 Prozentpunkte gesunken. Das Gleichstellungsgesetz greift nicht – dabei sollte der Öffentliche Dienst doch eine Vorbildfunktion haben! Angesichts der alarmierenden Unterrepräsentanz von Frauen insbesondere bei den Leitungsfunktionen ist die Einführung einer verbindlichen, gesetzlichen Quote auf allen Ebenen überfällig.

Kämpferischer Aufruf der bayerischen Grünen: Nicht locker lassen

Wir fordern eine grundlegende Reform der bayerischen Gleichstellungspolitik. Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern im Öffentlichen Dienst ohne Wenn und Aber vorantreiben. Ziel des grünen Gleichstellungsgesetzes ist es, sich selbst aufzuheben – nämlich dann, wenn die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen und in allen Bereichen faktisch durchgesetzt ist. Um dort hinzukommen, muss es jetzt heißen: Nicht lamentieren und schön reden, sondern kraftvoll anpacken!

Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen

- eine/n Landesbeauftragte/n für Gleichstellung
- gestärkte Gleichstellungsbeauftragte
- auf beide Geschlechter zielende Gleichstellung – auch für Männer
- verbindliche Quoten

Unprofessionelle Uni-Strukturen

Die Universitäten sind das gesellschaftliche Experimentierfeld für neue Ideen und Impulse. Ein Umfeld, in dem Frauen dringend benötigt werden. Doch beim Besetzen von Führungspositionen regieren immer noch männliche Seilschaften.

Immer mehr Frauen studieren – und trotzdem gleicht der Anstieg der Frauenquote an den Hochschulen und Universitäten in Deutschland dem mühsamen Er nähren eines Eichhörnchens: Seit Kriegsende 1945 hat sich der Anteil in sechs Jahrzehnten nur auf magere 18 Prozent gesteigert: Ende 2009 lehrten und forschten 39.800 Professorinnen und Professoren an deutschen Hochschulen, davon waren aber nur 7.300 Frauen. In Bayern sieht das Bild noch wesentlich düsterer aus: Im Jahr 2009 lehrten nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik an den Hochschulen insgesamt 5 652 Professorinnen und Professoren. Gegenüber dem Jahr 2000 (7,5 Prozent) hat sich dieser Anteilswert der Professorinnen zwar auf 14,5 Prozent erhöht, aber selbst diese Zahlen weisen vor allem darauf hin, wie lange es bis zu einer adäquaten Quote dauern würde, wenn das Schneckentempo der vergangenen Jahre beibehalten würde.

Die Zahl der Studentinnen steigt - aber nicht die der weiblichen Professuren

Im krassen Gegensatz zur stagnierenden Entwicklung bei den Führungspositionen in der Universität steht eine weitere Zahl: Der Frauenanteil unter den Studierenden an deutschen Hochschulen lag im Wintersemester 2008/2009 bei knapp 50 Prozent (Statistisches Bundesamt).

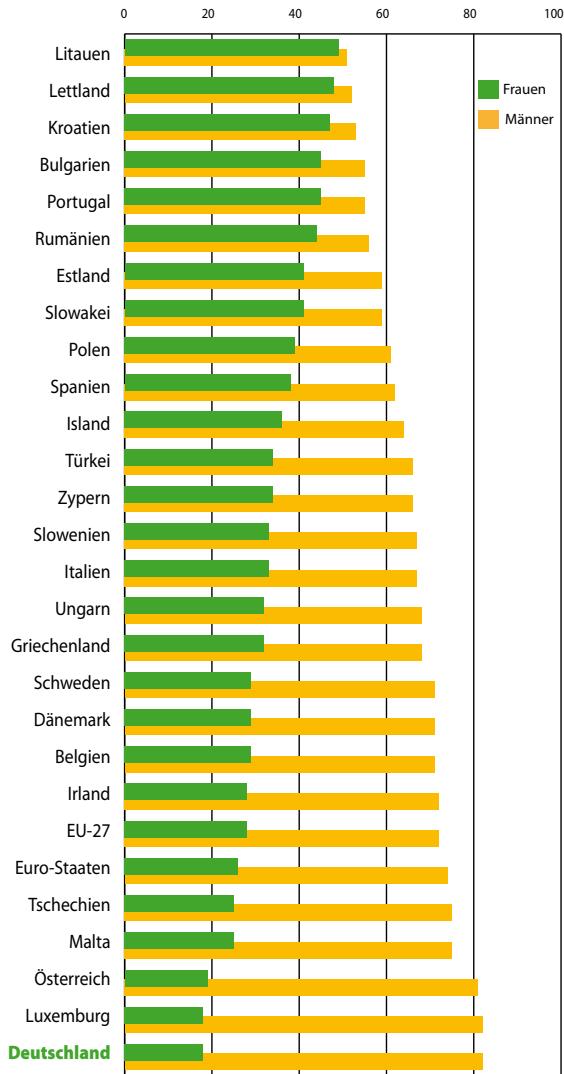
Ähnlich wie bei den Studierenden ist auch das Bild unter den Lehrenden: Am stärksten vertreten waren Professorinnen in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (32 Prozent) und in der Fächergruppe Kunst und Kunstwissenschaft (28 Prozent). Am deutlichsten unterrepräsentiert waren sie in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften (9 Prozent) sowie Mathematik/Naturwissenschaften (12 Prozent).

Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen

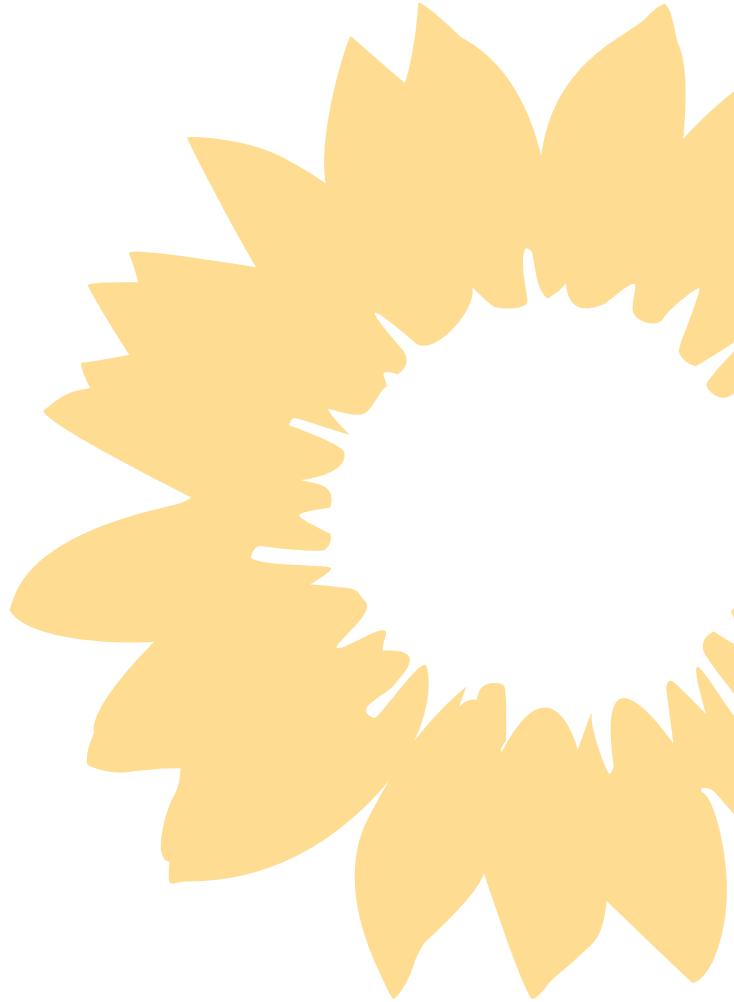
- bei gleicher Qualifikation die bevorzugte Berufung von Frauen auf Professuren, bis ein Anteil von 50% erreicht ist
- geschlechterparitätisch besetzte Berufungskommissionen
- Stimmberechtigung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Berufungskommissionen

Geschlechterverteilung der WissenschaftlerInnen in allen

Wissenschaftseinrichtungen 2007 (in Prozent)



Daten von Frankreich, Niederlande, Finnland, Großbritannien 2007 nicht verfügbar. Quelle: Eurostat



Ohne Platz für Kinder keine Zukunft

Eine Gesellschaft, die Kindern zu wenig Beachtung schenkt, ist arm dran. Die mangelnden Betreuungsangebote für Kinder verschlimmern die Situation zusätzlich: Frauen können nicht in dem Umfang arbeiten, wie sie gerne würden, und die wertvolle Arbeitskraft von Frauen geht verloren. Letztlich wird dadurch auch der Wirtschaftsstandort Deutschland geschwächt.

Zu den essentiellen Rahmenbedingungen einer hochentwickelten Gesellschaft im 21. Jahrhundert gehört qualitativ hochwertige sowie ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Insbesondere alleinerziehende Mütter und Väter sind für ihre Berufstätigkeit auf ein derartiges Betreuungsangebot angewiesen: Das Ausscheiden aus dem Berufsleben ist der häufigste Grund für die hohe Armutsquote bei Alleinerziehenden. Deshalb müssen sie nach Ablauf der Elternzeit möglichst schnell wieder in den Beruf zurückkehren können. Mit der Umstellung vom Erziehungsgeld auf das Elterngeld wurden besonders alleinerziehende Frauen finanziell schlechter gestellt. Und mit der Streichung des Elterngeldes für ALG-II-EmpfängerInnen treibt die Bundesregierung die soziale Spaltung in Deutschland weiter voran.

Bayern hinkt den Ansprüchen noch weit hinterher – auch den gesetzlichen

Bayern ist noch weit davon entfernt, den gesetzlich garantierten Betreuungsanspruch (z. B. Krippenplatz) im Jahr 2013 tatsächlich zu erfüllen. Die Kommunen werden bei den Folgekosten des Ausbaus nicht ausreichend durch den Freistaat unterstützt. Wir wollen vor allem einen zügigen Ausbau der Infrastruktur und des Angebots an Krippenplätzen für die Unter-Dreijährigen. Außerdem machen wir

uns für eine Kindergrundsicherung und die Abschaffung des Ehegattensplittings stark. Ziel muss es sein, diejenigen finanziell besserzustellen, die tatsächlich Kinder aufziehen – egal, ob verheiratet oder nicht, egal, ob alleinerziehend, schwul oder lesbisch. Zudem wollen wir die Rahmenbedingungen für eine gleichzeitige Teilzeittätigkeit der Eltern verbessern. Zwei „Vätermonate“ reichen nicht aus, um das Ungleichgewicht bei der Aufteilung der Familien- und Erziehungsarbeit zu beenden.

Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen

- den Rechtsanspruch auf einen Platz in Krippe, Kindergarten und Hort
- moderne Ganztagschulen
- Teilzeitstudiengänge für studierende Eltern

Aus der Not heraus zu Illegalem gedrängt

Viele Frauen arbeiten, ohne sozialversichert zu sein. Das ist aber zu kurz gedacht: Später droht dadurch Altersarmut, und besonders in Bayern sind Frauen davon betroffen.

Mehr als 4,5 Millionen deutsche Haushalte beschäftigen eine Putzhilfe, 95 Prozent von ihnen arbeiten laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ohne Rechnung. Familien unterstützende Dienstleistungen, also vor allem Pflege, machen laut IW 16 Prozent der gesamten Schwarzarbeit aus. Durch Legalisierung von 30 - 60 Prozent der Schwarzarbeit in Privathaushalten könnten 177.000 bis 355.000 reguläre Stellen entstehen, bei Legalisierung aller sogar 600.000.

Welche Frauen sind bereit, ihr Geld „schwarz“ mit putzen oder pflegen zu verdienen? Das ist oft die klassische Hausfrau, die nur ein bisschen dazuverdienen will, weil sich durch Ehegattensplitting und Mitversicherung bei der Krankenversicherung eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit finanziell nicht lohnt. Aber auch vor allem Alleinerziehende und Migrantinnen – Frauen, die arm oder in Not sind.

Durch die fehlenden Rentenbeiträge wächst so aber später das Armutsrisiko. Insbesondere für Ausländerinnen ohne Aufenthaltsstatus bedeuten illegale Arbeitsverhältnisse eine unverantwortliche Abhängigkeit.

Gefragt sind hier sowohl der Wille der „Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber“, die bei legal beschäftigten Kräften natürlich höhere Kosten befürchten, aber auch ein neues Bewusstsein bei den Beschäftigten, die nur darauf schauen, dass heute das Geld stimmt, aber verdrängen, wie es im Alter aussieht.

Was wir brauchen: gut bezahlte Pflegekräfte

Mit einer sozialversicherungspflichtigen Pflegekraft ist Pflegen von Angehörigen finanziell fast nicht zu bewältigen. Hier sind mehr Beratungsangebote notwendig, um sich im „Behördendschunegel“ zurechtzufinden und um entsprechende Leistungen der Pflege- und Krankenkassen zu erhalten. Ein weiteres großes Problem ist der Mangel an qualifizierten Pflegekräften, der schon heute gravierende Auswirkungen hat. Durch unattraktive Arbeitsbedingungen ist kaum Besserung in Sicht. Die Sparpläne der Staatsregierung für Altenpflegeschulen sind für uns daher völlig unverständlich: Hier wird die Zukunft einer ganzen Branche leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen

- Schwarzarbeit verhindern, weil sie volkswirtschaftlich widersinnig ist, aber vor allem auch für die einzelnen Frauen eine Sackgasse darstellt
- das Ehegattensplitting beenden, um die Verdrängung der Frau in die Rolle der Zuverdienerin und das Alleinernährer-Modell zu stoppen
- den Beruf der(s) Altenpfleger/-in und der(s) Erzieher/-in aufwerten, um eine höhere Bezahlung zu erreichen

Weibliche Berufsbilder ohne Entwicklungschancen

Immer mehr Frauen haben einen immer besseren Schulabschluss – und doch endet die Karriere einer großen Mehrheit durch die falsche Berufswahl in einer Sackgasse.

Trotz besserer und höherer Schulabschlüsse wählen die Hälfte der Mädchen und jungen Frauen nur zehn von 350 möglichen Ausbildungsberufen. Diese finden gesellschaftlich meist wenig Anerkennung, sind schlecht bezahlt und erlauben in der Regel keine Aufstiegsmöglichkeiten. So ist beispielsweise der Abschluss des Fachabiturs in „weiblichen“ Fachrichtungen an den Berufsfachschulen seltener möglich als in den von Jungen besuchten. Haben Mädchen einmal das Fachabitur erreicht, stellen sie nicht selten fest, dass es in ihren Fächern an Studienplätzen mangelt. Und in den Berufsoberschulen schließlich fehlen Fachrichtungen, die an typische Mädchenberufe anknüpfen. Gleichzeitig wird besonders in den deutlich besser bezahlten MINT-Berufen (Mathematik, Ingenieurs- und Naturwissenschaften und Technik) ein Fachkräftemangel beklagt.

Sackgasse statt Entwicklungspotenzial: Beispiel Arzthelferin

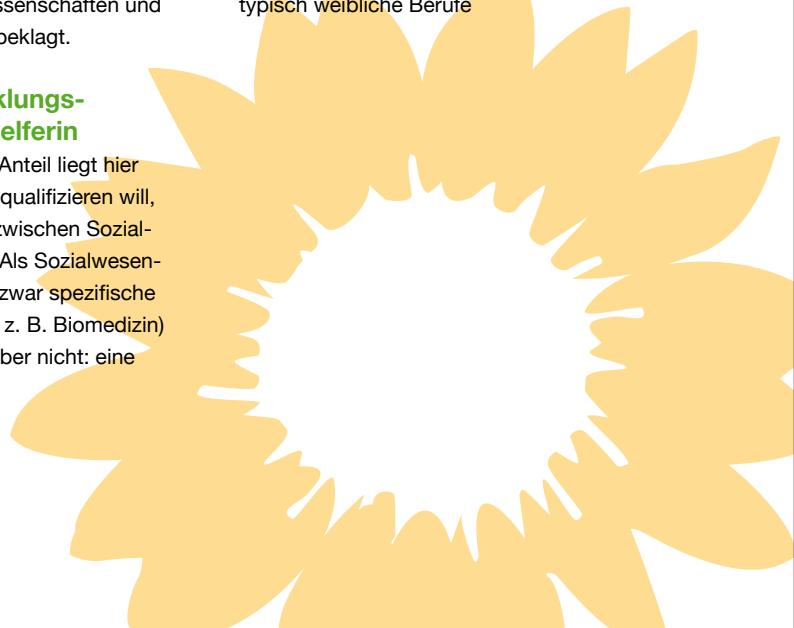
Eine Arzthelferin (der weibliche Anteil liegt hier bei 99 Prozent!), die sich höher qualifizieren will, kann an der Berufsoberschule zwischen Sozialwesen oder Wirtschaft wählen. Als Sozialwesen-Absolventin kann sie in Bayern zwar spezifische Ausrichtungen der Medizin (wie z. B. Biomedizin) studieren, allgemeine Medizin aber nicht: eine berufliche Sackgasse.

Das Gender Parlament der Grünen: So denken Jugendliche weiter

Der bundesweite Berufsorientierungstag für Mädchen „Girls Day“ ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung gewesen, rüttelt aber nicht an den Grundlagen der bestehenden Verhältnisse. Mit dem Gender Parlament haben wir eine nachhaltige Alternative geschaffen: Jugendliche diskutieren dort über Geschlechterungerechtigkeiten und bekommen einen Einblick in die parlamentarischen Strukturen, die Geschlechterunterschiede konstruieren bzw. verfestigen.

Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen

- geschlechtersensible Erziehung von der Krippe an
- Gender Mainstreaming in die Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen verankern
- Sensibilisierung der Berufsberatung
- verbesserte Weiterbildungsmöglichkeiten für typisch weibliche Berufe



Systematisch benachteiligt: Frauen in Minijobs

Wer sich mit Minijobs über Wasser hält, hat es im Leben schon schwer genug. Aber wer weiblich ist oder durch Weiterbildung weiter kommen will, steht vor unüberwindbaren Hürden.

Noch immer unterstützt das deutsche Steuersystem mit dem Ehegattensplitting das Modell des Alleinernährers. Dieser längst nicht mehr zeitgemäße Lebensentwurf verfestigt insbesondere die Abhängigkeit der Frauen von der Ehe. Minijobs sind vor allem für Frauen oft die alleinige Verdienstquelle. Sie arbeiten dabei oft unter katastrophalen Bedingungen: Sie sind weder gegen Arbeitslosigkeit versichert, noch durch die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung versorgt. Vielen bleibt die Mitversicherung bei dem Ehepartner/der Ehepartnerin. Folge davon ist eine dauerhafte, existenzielle Abhängigkeit von dem/der PartnerIn bzw. von staatlichen Transferleistungen – in der Erwerbsphase und im Alter.

Minijobs bedeuten maximale Abhängigkeit und minimale Chancen

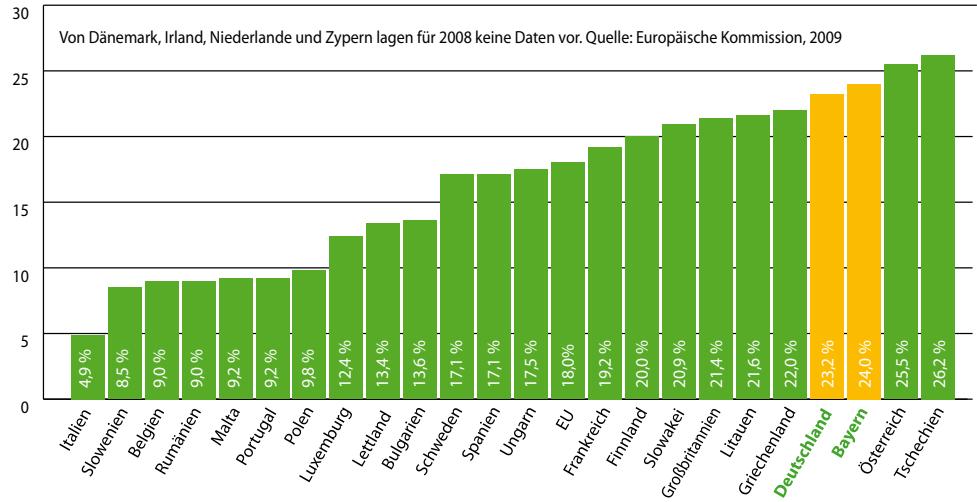
Zudem gibt es im wachsenden Sektor der „Minijobs“ kaum Weiterbildungs- oder Fortbildungschancen. Durch die mangelnde Qualifikation ihrer Mini-Job-KollegInnen werden auch in Vollzeit arbeitende Fachkräfte mehr belastet. Eine Entwicklung, die ganze Berufsbilder zerstört und anerkannte Ausbildungsberufe demonstriert: Ganz besonders gilt das für medizinische Assistenzberufe, die ambulante Kranken- und Altenpflege, die Erziehung, die Hauswirtschaft und den Einzelhandel. Da diese Berufe vor allem von Frauen ausgeübt werden, führt dies automatisch auch dazu, dass frauendominierte Berufe abgewertet werden. Nicht zuletzt sinken durch

diese Entwicklung die Löhne, und die Lohnschere weitet sich: Die Realisierung von „Equal Pay“ liegt in diesem Fall in utopischer Ferne.

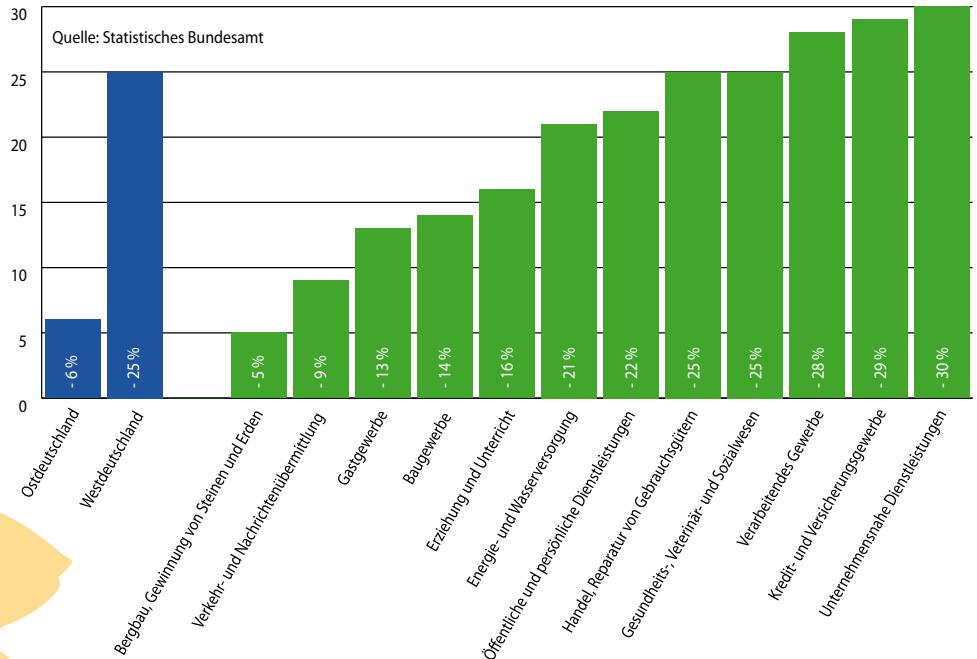
Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen

- ein Progressivmodell, das die Sozialversicherungsbeiträge nur langsam ansteigen lässt, so dass sie nicht von Anfang an voll greifen
- Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer Individualbesteuerung
- Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung

Lohn-/Gehalts-Unterschiede zwischen Frauen und Männern im EU-Vergleich 2008 (eingefügt: Werte für Bayern)



Wo Frauen am schlechtesten bezahlt werden



Frauen verdienen mehr.

Schluss mit dem Gender Pay Gap!

In Deutschland erhalten Frauen bei gleichwertiger Arbeit im Durchschnitt immer noch weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen und liegen im Vergleich mit den europäischen Staaten am unteren Ende der Skala. Trotz des gesellschaftlichen Wandels und trotz aller Diskussionen um die Geschlechterrollen erweisen sich die überlieferten Strukturen als sehr beständig. Die Ursachen für diese Unterschiede sind vielfältig und oft das Ergebnis eines Zusammenspiels persönlicher Entscheidungen und vorgegebener Strukturen.

Ob im Niedriglohnssektor, in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt: Frauen arbeiten häufig zu prekären Bedingungen. Dazu trägt auch ein Sozial- und Steuersystem bei, das nach wie vor die Ehe subventioniert. Ehegattensplitting und kostenfreie Mitversicherung in der Krankenkasse sind negative Anreize für eine Erwerbstätigkeit von Ehefrauen. Insbesondere in der Mittelschicht und vor allem in den westlichen Bundesländern werden die Kosten für Kinderbetreuung, Haushaltshilfe und der erhöhte Stress zusammen gerechnet. Im Ergebnis erscheint die Entscheidung für einen Teilzeit-Job oder Mini-Job der Frau völlig rational.

In Bayern liegen die Löhne der Frauen 24 Prozent unter denen der Männer

Nur fünf Prozent der Väter mit Kindern unter 16 Jahren arbeiten Teilzeit, aber 77 Prozent der Mütter. Der Gender Pay Gap, also der durchschnittliche Unterschied der Stundenlöhne zwischen Männern und Frauen, liegt in Deutschland bei 23 Prozent; nach Angaben des Bayerischen Sozialministeriums in Bayern sogar bei 24 Prozent. In den neuen Bundesländern hingegen sind es nur 6 Prozent. Führungspositionen in Wirtschaft oder Wissenschaft sind fest in Männerhand: Laut DIW Führungskräftemonitor 2010 verdienen Frauen in Führungspositionen sogar 28 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen

- verbindliche Quoten im öffentlichen Dienst und in den Aufsichtsräten
- Ausbau der Verbandsklage zur Stärkung der Beschäftigten
- Aufhebung des Ehegattensplittings zugunsten einer Individualbesteuerung
- mehr und bessere Betreuung für Kinder
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit





Impressum

Claudia Stamm, MdL
Maximilianeum, 81627 München

Haltestelle Max-Weber-Platz: U4/U5
Haltestelle Wiener Platz: Tram 18
Haltestelle Maximilianeum: Tram 19

info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Gestaltung:
bioculture – umweltbewusstes Marketing
Druck: ulenspiegel druck gmbh, Andechs

klimateutral 
gedruckt

Zertifikatsnummer:
072-53275-0111-1139

Unter Berücksichtigung der individuellen Nachhaltigkeitsleistungen von
ulenspiegel druck gmbh, dokumentiert durch EMAS D-155-00126,
geprüftes Umweltmanagement.
www.climatepartner.com